

10/SN-165/ME

AMT DER BURGENLÄNDISCHEN LANDESREGIERUNG
Landesamtsdirektion

Zahl: LAD-1501/8-1992

Eisenstadt, am 11. 6. 1992

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Produkthaftungsgesetz, das Konsumentenschutzgesetz, das Versicherungsvertragsgesetz und das Bundesgesetz über den erweiterten Schutz der Verkehrsoffer zur Anpassung an den EWR-Vertrag geändert werden; Stellungnahme.

Telefon (02682)-600
 Klappe 2221 Durchwahl

zu Zahl: 7054/2-I 2/92

Betrifft GESETZENTWURF	
Zi.	51 -GE/19-42
Datum: 17. JUNI 1992	
Verteilt	19. Juni 1992 <i>La</i>

An das

Bundesministerium für Justiz

D. Bauer

Museumstraße 7

1070 Wien

Zu dem mit obbez. Schreiben übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Produkthaftungsgesetz, das Konsumentenschutzgesetz, das Versicherungsvertragsgesetz und das Bundesgesetz über den erweiterten Schutz der Verkehrsoffer zur Anpassung an den EWR-Vertrag geändert werden, erlaubt sich das Amt der Burgenländischen Landesregierung mitzuteilen, daß vom Standpunkt der vom ho. Amt zu wahrenen Interessen kein Anlaß zur Geltendmachung von Bedenken oder Abänderungswünschen besteht.

Beigefügt wird, daß u.e. 25 Mehrausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet werden.

Für die Landesregierung:

Dr. Gschwandtner eh.

F.d.R.d.A.

Zl. u. Betr. w. v.

Eisenstadt, am 11. 6. 1992

1. ✓ Dem Präsidium des Nationalrates, Dr. Karl Renner-Ring 3,
1017 Wien, 25-fach,
2. Allen Ämtern der Landesregierungen (z.H. der Herren Landes-
amtsdirektoren),
3. Der Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der NÖ.
Landesregierung, Schenkenstraße 4, 1014 Wien,

zur gefälligen Kenntnis.

Für die Landesregierung:
Dr. Gschwandtner eh.

F.d.R.d.A.

Schilke